

Antwort FDP Sachsen auf den Wahlprüfstein des Lesben- und Schwulenverbands (LSVD) Sachsen

1. „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen“ fortführen – Unterstützungsstrukturen absichern

Seit 2017 hat Sachsen einen „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen“. In der neuen Legislaturperiode kommt es darauf an, diesen Aktionsplan zu evaluieren, ihn fortzuführen und auch finanziell im Haushalt zu untersetzen. Ferner müssen Projekte und Vereine der LSBTI*-Selbsthilfe langfristig abgesichert werden.

1.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Landesaktionsplan im Dialog mit LSBTI*-Vereinen weiterentwickelt und mit verbindlichen Maßnahmen fortgeschrieben und finanziell abgesichert wird?

Der gesellschaftliche Alltag wird insbesondere in Sachsen nach wie vor von einer heterosexuellen Normvorstellung geprägt. LSBTI* sind nach wie vor nicht in unserer Gesellschaft gleichgestellt. Viele (auch unsichtbare) Barrieren sind im gesamten Lebensumfeld noch nicht durchbrochen. Die gegenseitige Wertschätzung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen wird noch immer nicht überall in Sachsen gelebt. Der sächsische Landesaktionsplan setzt hier an und ist daher grundsätzlich ein geeignetes Werkzeug sowie Türöffner für ein Klima der Offenheit, der Akzeptanz und des Respekts. Deshalb treten wir für eine Weiterentwicklung und regelmäßige Evaluation, insbesondere bezüglich der Einführung verbindlicher Maßnahmen, ein. Dies muss natürlich auch für die Haushaltsverhandlungen Berücksichtigung finden, wobei auch da für uns die geläufige Haushaltsmaxime der Sparsamkeit und Effektivität einzelner Maßnahme gelten. Bei der Weiterentwicklung des Plans setzen wir natürlich auf einen Dialog mit allen beteiligten Vereinen und Verbänden.

1.2. Welche Vorschläge haben Sie, um sicherzustellen, dass LSBTI*-Beratungs- und Unterstützungsprojekte in Sachsen eine langfristige und auskömmliche Finanzierung erhalten?

Wir wollen im Dialog mit allen Beteiligten bleiben und bei Haushaltsverhandlungen den Bereich als wichtige Herausforderung begreifen. Generell muss die Unterstützung weiter in Form von festen Mitteln erfolgen und weniger über Förderprogramme, die oftmals zeitlich begrenzt sind und nach dem Ende der Projektlaufzeit zu einem Vakuum führen.

2. Respekt und Vielfalt in Schule und Bildungsarbeit vermitteln

Schulen sollen Orte sein, an denen sich alle Schüler*innen sicher und wertgeschätzt fühlen. Dies ist jedoch oft nicht der Fall. So sind für LSBTI*-Kinder und Jugendliche an vielen Schulen Ausgrenzung und Mobbing ein Problem – mitunter bis zu Gewalt. Ausgrenzung, Einschüchterung und der Zwang, sich zu verleugnen, bedeuten starke psychische Belastungen. Gesellschaftliche Vielfalt gehört zum heutigen Alltag und Schule muss darauf vorbereiten. Das ist originär Bestandteil ihres Bildungsauftrags, damit Kinder und Jugendliche ein positives und akzeptierendes Selbstbild entwickeln und sich gegen Diskriminierungen behaupten können.

2.1. Wie wollen Sie LSBTI*-Themen in die Rahmenlehrpläne / Curricular aller Schularten verankern?

Der Orientierungsrahmen für Familien und Sexualerziehung 2016, der u.a. vorsieht, altersgerecht über Ausdrucksformen sexueller Vielfalt und verschiedene Familienformen aufzuklären, war in dem Bereich ein wichtiger Schritt. Jetzt geht es viel darum, diesen auch in der Praxis umzusetzen. Dafür werden wir uns als Freie Demokraten einsetzen, auch wenn wir in der Landtagsarbeit nicht für die Erstellung der Lehrpläne zuständig sind.

2.2. Welche Ideen haben Sie, um sicherzustellen, dass vielfaltsabbildende Unterrichtsmaterialien (bspw. Schulbücher und Arbeitsblätter) für Lehrkräfte und Erziehende im Vorschulbereich, sowie in der Sekundarstufe 1 und 2 angeboten werden?

Dazu leistet die Umsetzung des Orientierungsrahmens wichtige Arbeit. Notwendig ist, dass die gesellschaftliche Vielfalt sich auch im Schulalltag wiederfindet. Der Unterricht soll Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe, Identitäten und kultureller Hintergründe vermitteln. Dazu trägt bei, dass die nächste Generation Lehr- und Lernmittel aller Unterrichtsfächer die tatsächliche gesellschaftliche Vielfalt widerspiegelt. Feste Quoten oder Quoren für die Präsenz von LSBTI* zum Beispiel in formulierten Schulaufgaben lehnen wir jedoch ab.

2.3. Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog*innen Eingang findet und entsprechende Seminare regelmäßig angeboten werden?

Ja. Lehrkräfte müssen bereits in der Ausbildung dafür sensibilisiert werden. Zudem sollten entsprechende Kurse in den Fortbildungskatalog aufgenommen werden.

2.4. In Österreich gab es heftige Kritik an dem Aufklärungsworkshops des christlich- fundamentalistischen Vereins Teenstar. Dieser Verein ist unter dem Namen Teenstar Deutschland auch in Sachsen aktiv und war bereits an sächsischen Grundschulen. Wollen Sie dafür sorgen, dass religiös- fundamentalistische Organisationen und Initiativen wie beispielsweise Teenstar Deutschland keinen Zugang zu Schulen und Bildungseinrichtungen in der Verantwortung des Freistaates Sachsen bekommen?

Ja. Von den von Teenstar angebotenen Veranstaltungen geht eine Gefahr für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aus.

3. Diskriminierung und Hassgewalt entgegenwirken

Diskriminierung und Anfeindungen gegenüber LSBTI* im Alltag sind noch nicht überwunden. Anfeindungen in der Öffentlichkeit gehören für viele LSBTI* immer noch zur Lebensrealität. Oftmals schränken sie sich in der Öffentlichkeit ein, um nicht als LSBTI* aufzufallen und zum Angriffsziel zu werden. Homophobe und transfeindliche Gewalt richtet sich jedoch nicht nur gegen LSBTI*, sondern auch gegen all jene, denen eine Zugehörigkeit zu dieser gesellschaftlichen Gruppe zugeschrieben wird.

3.1. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Anzeigeverhalten von LSBTI* zu stärken, die Opfer hass- bzw. vorurteilsmotivierter Straftaten wurden?

Es darf nicht sein, dass Menschen, die Opfer von Straftaten geworden sind, diese aus Angst nicht zur Anzeige zu bringen. Dabei müssen Beamte besser für dieses Problem durch entsprechende Schulungen sensibilisiert werden. Auch eine öffentliche Kampagne kann hier einen Beitrag leisten.

3.2. Unterstützen Sie die Benennung von hauptamtlichen Ansprechpersonen für LSBTI* bei der Landespolizei und bei den Staatsanwaltschaften in Sachsen?

Ja, aber wir wollen dafür keine extra Stellen schaffen.

3.3. Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homophober und transfeindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Sachsen extra ausgewiesen werden?

Ja. Die Erfassung dieser Kategorie ist jedoch nur sinnvoll, wenn die Beamten entsprechend geschult werden, solche Fälle auch zu erkennen bzw. dies auch entsprechend erfasst wird.

4. Familienvielfalt stärken

Tausende Kinder wachsen derzeit in Deutschland in Familien mit mindestens einem lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und/oder intergeschlechtlichem Elternteil auf. Eine moderne Familienpolitik sollte alle Menschen unterstützen, die Kindern in ihrem Leben einen Platz geben und ihnen helfen zu wachsen und sich gut zu entwickeln. Es gibt vielfältige Formen von Familie. Regenbogenfamilien gehören genauso dazu, wie Mehrelternmodelle oder auch Alleinerziehende.

4.1. Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe oder des Familienalltags in Sachsen zu fördern?

Die Hilfe staatlicher Stellen muss allen zugänglich sein, die sie in Anspruch nehmen wollen. Dazu ist es erforderlich, dass Entscheidungsträger und Sachbearbeiter die Lebenssituation der Menschen verstehen, die zu ihnen kommen. Auch hier ist das Angebot an Weiterbildungen die Grundlage.

4.2. Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?

Reproduktionsmedizin ist grundsätzlich für alle Familienformen zugänglich zu machen. Hierbei ist allerdings eher die Bundesebene als die Landesebene gefragt.

5. Respekt und Akzeptanz von LSBTI* in der sächsischen Arbeitswelt erhöhen

Die Akzeptanz von LSBTI* in der Arbeitswelt ist deutlich gestiegen. LSBTI*-Beschäftigte erleben jedoch am Arbeitsplatz leider immer noch Ausgrenzung, Mobbing und Diskriminierung. Viele Institutionen und Positionen sind offen schwul oder lesbisch lebenden Menschen faktisch weiterhin verschlossen. Nicht wenige fühlen sich immer noch genötigt, ihre sexuelle Orientierung zu verbergen und ein Doppelleben mit heterosexueller Fassade zu führen, insbesondere am Arbeitsplatz. Trans- und intergeschlechtliche Menschen machen ähnliche Erfahrungen. Es gilt eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt zu verwirklichen.

5.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Regenbogenkompetenz - d.h. den professionellen und diskriminierungsfreien Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt - von Führungskräften im sächsischen Landesdienst zu erhöhen?

Der professionelle und diskriminierungsfreie Umgang mit diesen Themen ist Grundvoraussetzung moderner Personalführung. Dies gilt selbstverständlich auch für den offenen Dienst. Die Kompetenzen können in der Ausbildung, dem Vorbereitungsdienst und im Rahmen von Weiterbildungen vermittelt werden. In der sächsischen Verwaltung braucht es zudem ein besseres Diversity Management.

5.2. Beabsichtigen Sie Maßnahmen zu ergreifen, um bei privatwirtschaftlichen Unternehmen und kirchlichen Trägern für die Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten zu werben und ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld zu fördern? Falls ja, welche konkreten Ideen haben Sie hierzu?

Der Freistaat hat nur begrenzte Möglichkeiten in das Betriebsklima anderer Arbeitgeber einzugreifen. Er sollte jedoch durch modernes Diversity-Management in seinem eigenen Zuständigkeitsbereich als gutes Vorbild vorangehen.

Unter Umständen könnte jedoch die LAG Queeres Netzwerk Sachsen mit der Entwicklung von Veranstaltungsmodellen beauftragt werden, die von Unternehmen und Trägern besucht werden können.

6. Vielfalt im Sport stärken – gleichberechtigte Teilhabe fördern

Auch wenn viele Fußball- und Sportvereine auf Profi- und Amateurebene mittlerweile aktiv Homophobie und Transfeindlichkeit entgegenwirken, kommt es in den Stadien und auf Sportplätzen immer wieder zu homophoben und transfeindlichen Entgleisungen. In Sporthallen und auf Fußballplätzen werden abwertende Einstellungen geprägt und verstärkt. Wir brauchen in Sachsen ein nachhaltiges Programm gegen Homophobie und Transfeindlichkeit im Sport.

6.1. Werden Sie sich zukünftig dafür einsetzen, dass im Sport Antidiskriminierungsregeln, Vereinssatzungen und Stadionordnungen in der Art ergänzt werden, dass keine Person aufgrund ihrer sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden darf und die Sportarten allen Menschen gleichsam offen stehen?

Ja. Allerdings müssen diese auch individuell von den Vereinen und Verbänden aufgestellt werden.

6.2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Thema „Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten“ auch in Sportvereinen, Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünde sowie weitere Sportinstitutionen in Sachsen ankommt?

Wir wollen in der öffentlichen Diskussion dafür sensibilisieren und mit Entscheidungsträgern in diesen Bereichen dazu den Dialog suchen. Dabei bieten sich gemeinsame Projekte von Sportvereinen, queeren Verbänden und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft an. Den Rahmen für diese Projekte kann das Landesministerium für Gleichstellung und Integration stellen. Es muss darum gehen, dass zukünftig Lesben und Schwule ohne Ausgrenzung und Vorurteile ihre Sportart in ihrem Verein ausüben können. Nur in wenigen Großstädten bietet sich das Angebot an

schwul/lesbischen Sportvereinen. Gerade bei jungen Sportlerinnen und Sportlern darf das Coming-out bzw. das Erkennen der sexuellen Identität nicht dazu führen, dass es zur Ausgrenzung im Sportverein kommt, dem man oft seit früher Jugend angehört.

7. Queere Geflüchtete schützen - LSBTI*-inklusive Integration sicherstellen

In zahlreichen Ländern dieser Welt droht LSBTI* Gefahr für Freiheit, Leib und Leben. Einige fliehen vor Verfolgung und Unterdrückung nach Deutschland. Noch immer gibt es beträchtliche Hürden für verfolgte LSBTI* in Deutschland anerkannt zu werden. Damit für sie faire und qualifizierte Asylverfahren tatsächlich gewährleistet sind, muss ihre Situation kultursensibel und kompetent berücksichtigt werden. Auch unter den in Sachsen lebenden Migrant*innen gibt es LSBTI*. Sie erfahren häufig auch rassistische Diskriminierung, nicht selten auch in der LSBTI*- Community.

7.1. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die standortspezifische Betreuung von LSBTI*- Geflüchteten und die Sensibilisierung der Gesellschaft für dieses schutzbedürftige Gruppe weiterhin gefördert wird?

In Sachsen haben wir erlebt, dass die Arbeit mit und für queere Geflüchtete sehr zielgenau und problemgerecht von den Vereinen und Verbänden vor Ort geleistet wurde. Der Freistaat muss diesen Akteuren den Rücken freihalten und sie, wo sie Aufgaben des Freistaates übernehmen, entsprechend unterstützen.

7.2. Wie wollen Sie dem Thema Mehrfachdiskriminierung von LSBTI*- Migrant*innen begegnen?

Auch hier muss der Schlüssel in einer Sensibilisierung aller Beteiligten liegen.

8. Akzeptanz von Vielfalt in allen Lebensaltern verwirklichen

Zwischen schulischen, familiären und gesellschaftlichen Anforderungen, Erwartungen und Abhängigkeiten haben Jugendliche besondere Herausforderungen und Konflikte zu meistern. In dieser Phase fällt für LSBTI* zumeist ihr Coming-out. Ihre Lebenssituation wird daher zusätzlich durch den gesellschaftlichen, schulischen und elterlichen Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geprägt. Ähnliches gilt für die Gruppe der älteren und alten LSBTI*. Einschränkungen von Mobilität und Gesundheit führen zu Verlust von Autonomie und sozialen Kontakten, der für LSBTI* aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität massive Auswirkungen hat. Sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote sind zumeist nicht für die Bedürfnisse und Lebenslagen älterer LSBTI* ausgerichtet. Das Recht auf ein angstfreies und offenes Leben sollte jedoch in allen Lebensphasen verwirklicht werden.

8.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um eine kultursensible Unterstützung, Pflege und Versorgung von älteren LSBTI* zu gewährleisten?

Die Altenpflege und Altenarbeit sind zurzeit kaum an den Bedürfnissen queerer Menschen ausgerichtet. Eine entsprechende Kenntnisvermittlung für die Lebenssituation queerer Menschen im Alter kann in die Aus- und Weiterbildung integriert werden. Veranstaltungen und Projekte, die den

Austausch von queeren Vereinen und Wohlfahrtsverbänden sollten zudem gefördert werden. Projekte, die insbesondere den intergenerationellen Dialog innerhalb der Community fördern, stärken zudem die Solidarität und sind daher besonders unterstützenswert.

8.2. Wie wollen Sie sicherstellen, dass junge Menschen im Coming-out Unterstützung erhalten?

Beratungsangebote von Vereinen leisten einen unschätzbaren wichtigen Beitrag für die persönliche Entwicklung junger Menschen in einer oft schwierigen Lebensphase. Solche Angebote müssen gefördert werden. Besonders wichtig sind uns auch persönliche Angebote, die sich an junge Menschen im ländlichen Raum richten. Diese Projekte müssen nach Möglichkeit ausgebaut werden. Zudem muss geprüft werden, ob die Vernetzung von Schulen, anderen Jugendverbänden und Beratungsangeboten verbessert werden kann. Auch die Elternarbeit ist dabei oft noch ausbaufähig.

9. Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

Die historische und bis in die Gegenwart anhaltende Stigmatisierung und Pathologisierung von LSBTI* fügen Menschen schweren Schaden zu. Psychiatrie und Medizin sowie alle im Gesundheitswesen tätigen Menschen, Organisationen und Institutionen müssen LSBTI* vorurteilsfrei gegenüberstehen. Menschen im Gesundheitsbereich befürchten oft negative Reaktionen, wenn sie ihre sexuelle und/oder geschlechtliche Identität ansprechen müssen. Das beeinträchtigt die gesundheitliche Versorgung. In der Aus- und Fortbildung im Gesundheitswesen sind generell Themenbereiche wie gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Trans- und Intergeschlechtlichkeit sowie die Auswirkungen von Homophobie und Transfeindlichkeit stärker zu berücksichtigen. Diskriminierung kann krankmachen.

9.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans- und intergeschlechtlichen Menschen hinzuwirken?

Auch hier kann ein Fortschritt nur über Sensibilisierung bei Aus- und Weiterbildung erzielt werden.

9.2. Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI*Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Ja. Mit unserer kommenden Landtagsfraktion wollen wir uns u.a. dafür einsetzen, dass bei der Reform des Medizinstudiums auf die psychosozialen und besonderen medizinischen Bedürfnisse ein größerer Wert gelegt wird.

10. Keine Zusammenarbeit mit homophoben und transfeindlichen Parteien

10.1 Mit welchen Parteien werden Sie in der neuen Legislaturperiode nicht zusammenarbeiten bzw. Koalitionsgespräche führen?

Die Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern gebietet es, in Sachfragen mit allen gewählten Parteien grundsätzlich zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig sind Grundwerte der Mitmenschlichkeit und Toleranz für die Liberalen nicht verhandelbar. Mit Parteien, für die diese Werte nicht selbstverständlich sind, kann es daher auch keine Koalition geben.